

Den Finanzdirektor freuts

Prämienverbilligungen Volk lehnt Initiative knapp ab - nun will SP von Regierung mehr Geld

VON HANS-MARTIN JERMANN

Kurz nach 12 Uhr schien gestern für die SP der Coup in Griffnähe: Als die ersten Resultate aus den Oberbaselbieter Gemeinden eintrudelten, kam die von ihr lancierte Prämien-Initiative auf einen Ja-Anteil von 45 Prozent. «Too close to call» - Ausgang zu eng für eine Prognose - twitterte SP-Chef Adil Koller in Anlehnung an die bekannte Redewendung aus US-Wahlen. Dank Zustimmung aus dem bevölkerungsreichen und progressiveren unteren Kantonsteil müsste das Zwischenresultat eigentlich noch zu drehen sein, hoffte Koller als engagierter Kopf hinter der Initiative.

Soweit kam es nicht: Die Bevölkerung im Bezirk Arlesheim lehnte die SP-Initiative sogar deutlicher ab als der Kantonsdurchschnitt. Am Schluss standen 38 234 Ja- 45 708 Nein-Stimmen gegenüber, was einem Nein-Anteil von 54,45 Prozent entspricht. Dies bei einer für Baselbieter Verhältnisse hohen Stimmbeteiligung von fast 46 Prozent. Aus 14 der 86 Gemeinden wurden Ja-Mehrheiten vermeldet. Zwar sagten alle fünf Bezirke Nein, im Laufental lagen die Befürworter mit 49,4 Prozent Ja nur wenige Dutzend Stimmen hinter den Gegnern.

«Wir wollten wohl zu viel»

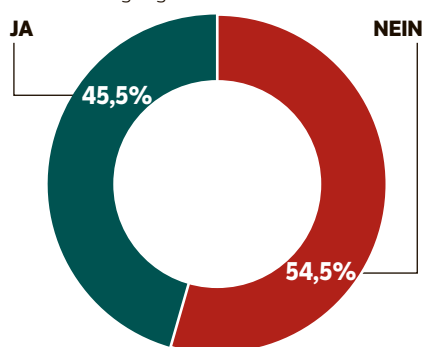
SP-Chef Koller erlebte ein Wechselbad der Gefühle: Einerseits sprach er von einem «respektablen Resultat». Die Gegner hätten versucht, die Initiative in die radikal linke Ecke zu stellen. Das sei nicht gelungen; offensichtlich hätten im mehrheitlich bürgerlichen Baselbiet auch SP-Ideen Chancen. «Allerdings ist ein knappes Nein auch ein Nein», räumte er ein. An der hohen Prämienlast, mit der sich viele Baselbieter Haushalte konfrontiert sehen, ändere sich nichts. Zu den Gründen für das Nein sagt Koller selbstkritisch: «Wir wollten wohl zu viel. Es ging um einen hohen Betrag.»

Um 75 Millionen Franken wollte die Initiative die vom Kanton ausbezahlten Prämienverbilligungen erhöhen; damit sollte gewährleistet werden, dass kein Haushalt mehr als 10 Prozent des massgebenden Einkommens für Krankenkassenprämien ausgeben muss. Einer der Gewinner des Abstimmungsabends, Finanzdirektor Anton Lauber (CVP) analysierte das Volksnein ähnlich: Viele Abstimmende seien wohl überzeugt gewesen, dass 75 Millionen eine zu hohe Belastung für den Staatshaushalt darstelle. Zumal Bruttoeinkommen bis zu 150 000 Franken von der Initiative profitiert hätten. «Die Bevölkerung hat erkannt, dass mit höheren Prämienverbilligungen nur



Anton Lauber freut sich über das Nein zur Prämieninitiative. Neue Forderungen könnten ihm die Laune aber bald verderben. JUN

Prämien-Initiative
Stimmbeteiligung 46%



QUELLE: KANTON BASELSTADT GRAFIK: NCH/MIA

ein Symptom bekämpft wird,» fügte Lauber an. SVP-Präsident Oskar Kämpfer sieht in der Ablehnung des an sich populären Begehrens noch einen weiteren Grund: Das Volk wolle bei der Berechnung der Prämienverbilligung keinen unkontrollierbaren Automatismus. Regierung und Parlament sollten über deren Höhe auch künftig Jahr für Jahr entscheiden können.

Völlig uneins sind sich die Antipoden Lauber und Koller nach dem Abstimmungsabend in der Frage nach dem

«wie weiter?». Laut Koller ist das knappe Volksnein zur finanziell folgenreichen Initiative ein Zeichen an Regierung und Parlament, die Prämienverbilligungen deutlich zu erhöhen. Die 12 Millionen Franken zusätzlich, welche die Regierung für 2019 dem Parlament beantragt, reichten nicht. Er hält eine Erhöhung um insgesamt 25 Millionen nötig - 13 Millionen mehr als nun vorgesehen. Damit käme der Kanton auf Zahlungen von 50 Millionen, was dem Stand vor den Kürzungen ab 2010 entspreche.

«Volksentscheid akzeptieren»

Darauf reagierte Lauber gestern leicht gereizt: Noch am Abstimmungsabend neue Forderungen zu stellen, sei nicht sinnvoll. «Nun gilt es, den Volksentscheid zu akzeptieren», sagt Lauber an die Adresse der Befürworter. Mit der angekündigten Erhöhung der Prämienverbilligungen um 12 Millionen sei man «auf gutem Weg», findet er. Auch SVP-Präsident Kämpfer ist der Ansicht, dass dies nun vorerhand genügen müsse.

SP-Chef Koller bringt noch ein anderes anstehendes Geschäft ins Spiel: So

dürften bei der kantonalen Umsetzung der Steuervorlage 17 des Bundes keine Ertragsausfälle resultieren, fordert er. Die Verknüpfung der Geschäfte begründet Koller so: Die bürgerlichen Gegner der Prämien-Initiative hätten argumentiert, dass bei einem Ja der gesamte finanzielle Spielraum, den sich der Kanton mühsam erarbeitet habe, wieder weg sei. «Mit der von der Regierung vorgeschlagenen Senkung der Unternehmenssteuern würden die Erträge in einem ähnlichen Umfang einbrechen», gibt er zu bedenken.

Finanzdirektor Lauber schüttelt darüber den Kopf: Das Geld, das für höhere Prämienverbilligungen verwendet werden soll, müsse der Kanton zuerst generieren. «Der Kanton muss attraktiv für natürliche Personen und Unternehmen sein. Das ist die Voraussetzung dafür, dass er überhaupt Ausgaben tätigen kann.» Nach der Prämien-Initiative steht im Baselbiet mit der Steuervorlage also bereits die nächste kontroverse verteilungspolitische Frage ins Haus. Auch da könnte das Volk das letzte Wort haben. Ausgang ungewiss.

KOMMENTAR

Nun nicht aufstürzen

In typisch schweizerischer Manier haben die Baselbieterinnen und Baselbieter über die SP-Initiative entschieden: Mit ihrem Nein stellten sie ihr Verantwortungsgefühl gegenüber dem Staatshaushalt über das eigene Portemonnaie. Hätten gestern alle Stimmbürger nach persönlicher Profitmaximierung gehandelt, so wäre ein Ja herausgekommen.



von Hans-Martin Jermann

Für einmal ging es auch für den Einzelnen um viel Geld: Bei einem Ja zur Initiative hätten Tausende Familien im Kanton von einer Erhöhung der Prämienverbilligungen im vierstelligen Franken-Bereich profitiert und sich mit dem zusätzlichen Batzen etwa die ersehnten Ferien leisten können. Dass eine Mehrheit der Abstimmenden dieser Verlockung widerstand, ist bemerkenswert und wohl auch der Einsicht geschuldet, dass Kosten von 75 Millionen Franken schlicht zu viel des Guten sind.

Die Situation bleibt nun für viele Baselbieter Haushalte angespannt: In keinem anderen Kanton ist die finanzielle Belastung durch Krankenkassenprämien so hoch; Grund ist die Kombination aus überdurchschnittlicher Prämienlast und unterdurchschnittlichen Verbilligungen. Die 12 Millionen, die die Regierung ab 2019 zusätzlich ausschütten will, werden nur leichte Linderung bringen. Prämienverbilligungen lösen zwar das Grundproblem steigender Gesundheitskosten nicht, sozialpolitisch sind sie aber durchaus erwünscht und sinnvoll: Damit wird das im Kern unsoziale System der Kopfprämien korrigiert sowie die Kaufkraft tiefer und mittlerer Einkommen gestärkt.

Regierung und Landrat können deshalb nun nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Käme ein Vorschlag für eine moderate Erhöhung der Prämienverbilligungen aufs Tapet - quasi ein neuer Gegenvorschlag zur abgelehnten Initiative -, müsste dieser seriös geprüft werden. Schaltet die bürgerliche Mehrheit in Regierung und Landrat dagegen aufstürzen, würde dies dem erwähnten Verantwortungsgefühl der Bürger nicht gerecht.

@hans-martin.jermann@chmedia.ch

KOMMENTAR

Start-Ziel-Sieg der Hauseigentümer

Die enorm hohe Zustimmung zur Steuersenkung zugunsten von Wohneigentümern mag auf den ersten Blick überraschen, lässt sich aber verhältnismässig leicht erklären: Erstens stand diese Vorlage im Schatten der Prämieninitiative, eine eigentliche Kontroverse im Abstimm-



von Bojan Stula

kampf hat gar nie stattgefunden. Das bedeutete freie Fahrt für die Kampagne des Baselbieter Hauseigentümerverbands. Zweitens war die nun angenommene Gesetzesänderung bei der Besteuerung von Wohneigentum eine überaus technische Vorlage. Oder wissen Sie was ein «Brandlagerwert» ist, aufgrund dessen die tabellarischen Eigenmietwerte bestimmt werden? Eben.

Aus all dem folgt: Bei solch komplizierten Vorlagen, von der diesmal erst noch ein relativ hoher Bevölkerungsanteil ei-

nen direkten finanziellen Nutzen ziehen konnte, folgt das Stimmvolk den Abstimmungsempfehlungen von Regierung und Parlament. Spätestens nachdem der Landrat die Rückdatierung des Inkrafttretens im Gegenvorschlag des Regierungsrats angepasst und diesem mit grosser Mehrheit zugestimmt hatte, stand dem deutlichen Ja nichts mehr im Wege. Andererseits war die Korrektur der, wie der Hauseigentümerverband stets betonte, «unfairen» steuerlichen Mehrbelastung nicht derart gross, dass der Neidfaktor gegenüber den Hausbesitzerinnen und -besitzern eine tragende Rolle hätte spielen können. Auch der Staatshaushalt wird die mit der Annahme verbundenen Steuerausfälle ziemlich locker wegstecken können.

Unter dem Strich bleibt die positive Erkenntnis, dass Korrekturen zugunsten des einzelnen Bürgers noch immer möglich sind, wenn der Staat über das Ziel hinausschiessst. Allerdings muss betont werden, dass davon eine privilegierte Bevölkerungsschicht mit einer starken eigenen Lobby profitierte.

@bojan.stula@chmedia.ch

Unbestrittene Korrektur

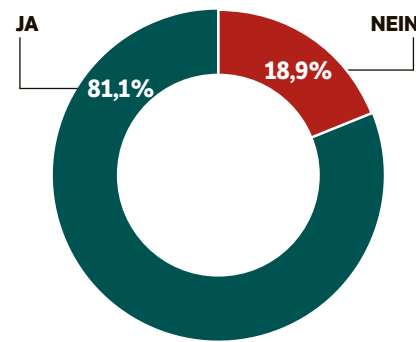
Gegenvorschlag Hohe Zustimmung zur Steuersenkung auf Wohneigentum

VON BOJAN STULA

Entspannte Gesichter gestern im Lager der Bürgerlichen. Dass der Baselbieter Souverän den Gegenvorschlag zur zurückgezogenen Wohnkosten-Initiative gleich mit 65 536 zu 15 280 Stimmen annahm, wurde als Beleg für die Rechtmässigkeit des eigenen Anliegens gewertet. «Jetzt haben wir eine gute Lösung auf dem Tisch, dank der zu Unrecht bezogene Steuergelder zurückgezahlt werden», kommentierte SVP-Präsident Oskar Kämpfer das deutliche Ergebnis. Auch das Ja-Komitee, hinter dem der Baselbieter Hauseigentümerverband stand, zeigte sich in einer Mitteilung befriedigt darüber, wie klar die Stimmbürger seine Ansicht stützten, «dass die massive zusätzliche Besteuerung des Wohneigentums seit dem Bundesgerichtsentscheid von 2016 unfair und politisch nicht legitimiert war».

Angesichts der überdeutlichen Verhältnisse blieb der Gegnerschaft einzig der Ärger über die ihrer Meinung nach tendenziösen Abstimmungsunterla-

Gegenvorschlag Wohnkosten-Initiative
Stimmbeteiligung 45,4%



QUELLE: KANTON BASELSTADT GRAFIK: NCH/MIA

gen. «Es ist unredlich, dass im Abstimmungsbüchlein die Kostenfolgen gefehlt haben - jährlich 5 Millionen für den Kanton und inklusive Gemeinden sogar fast 9 Millionen», kritisierte der Frenkendörfer SP-Landrat Urs Kaufmann, «da ist es schwierig für den Stimmbürger zu entscheiden.»

Ein Vorwurf, den der Baselbieter Finanzdirektor Anton Lauber «gar nicht nachvollziehen» konnte. Die jetzt gefundene Kompromisslösung werde auf absehbare Zeit ihre Gültigkeit behal-

ten; auch deshalb, weil Baselbieter bei den Pauschalabzügen im schweizerweiten Vergleich keinen Ausreisser mehr nach oben darstelle. Und was die im Abstimmungsbüchlein nicht ausgewiesenen Folgekosten angeht, stellte Lauber diese gänzlich in Abrede. «Die Frage ist doch, was der Ausgangswert dieser 5 Millionen ist. Durch das Bundesgerichtsurteil 2016 kam der Staat ungewollt zu 9 Millionen Mehreinnahmen, von denen jetzt 4 Millionen übrig bleiben», argumentierte der CVP-Finanzdirektor, «entscheidend ist also das Verhältnis zum vorhergehenden Zustand.» Für die Regierung sei viel mehr stets die Kostenneutralität der Vorlage im Vordergrund gestanden.

Unmittelbar nach dem Triumph blickte der Hauseigentümerverband bereits wieder voraus: Nun gelte es die Interessen der Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer in der Abstimmung zur Mehrwertabgabe am 10. Februar 2019 zu verteidigen. Bei Neueinzunungen dürfe die Abgabe das bundesrechtliche Minimum von 20 Prozent nicht übersteigen.